

Anforderungen an das Programm der Partei DIE LINKE aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht

In den Programmatischen Eckpunkten, die Grundlage der Partei DIE LINKE und Ausgangspunkt für das neue Programm sind, wird DIE LINKE als eine Partei mit einem feministischen Anspruch definiert. Frauen- und Gleichstellungspolitische Analysen und Forderungen werden sowohl in einigen Politikfeldern integriert als auch als eigenständiger Bereich behandelt. Die Programmatischen Eckpunkte stellen in mancher Hinsicht eine deutliche gleichstellungspolitische Verbesserung gegenüber den Programmen der beiden Quellparteien dar. Diese Errungenschaft wollen wir mindestens halten. Vor dem Hintergrund, dass vom Frauenplenum weitergehende Forderungen formuliert wurden und auch bei der letzten Frauenwerkstatt in Esslingen die Notwendigkeit eines Programms gesehen wurde, das einen sozialistischen und feministischen Anspruch erhebt, möchten wir an einigen Stellen über das in den Programmatischen Eckpunkten formulierte hinausgehen. Wir tun dies aus der Überzeugung heraus, dass feministische Inhalte in einer modernen linken Partei prominent platziert werden müssen und auch in Kenntnis der Tatsache, dass das Programm der Partei DIE LINKE nicht hinter die in Gleichstellungsfragen konkurrierenden Programme von SPD und Grünen fallen darf. Die unterdurchschnittliche Repräsentierung von Frauen in Wählerschaft und Mitgliedschaft sollten als ein weiteres Argument für eine starke Formulierung gleichstellungspolitischer Forderungen genügen. Die Zukunftsfähigkeit einer neuen linken Partei entscheidet sich nicht zuletzt auch darin, ob sie für Frauen attraktiv ist – in ihrer politischen Kultur und in ihren programmatischen Aussagen:

Für das Programm der Partei DIE LINKE schlagen wir vor diesem Hintergrund die folgenden Punkte als Mindestanforderungen für das zu erarbeitende Programm vor:

- Die Frauenbewegung sollte neben der Arbeiterbewegung als eine der zentralen historischen Emanzipationsbewegungen benannt werden, auf die sich DIE LINKE bezieht. Wir können uns mit gutem gewissen in die Tradition der alten wie der neuen Frauenbewegung stellen. Wir dürfen den Anspruch auf diese Traditionslinie nicht der SPD überlassen. Im Gegenteil: Indem die SPD es versäumt hat, einer gleichstellungspolitischen Perspektive einen prominenten Platz einzuräumen, hat sie auch an dieser Stelle ihre Chance vertan, den Kampf für eine umfassende soziale Gleichstellung in allen Bereichen zu führen.
- Frauen- und Gleichstellungspolitik sind für uns sowohl ein Querschnittsthema als auch ein eigenständiges Politikfeld. Dies sollte sich auch in der Strukturierung des Programms widerspiegeln - also in einer Thematisierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen von Männern und Frauen in den jeweiligen Politikfeldern, als auch in der Formulierung eines eigenen Absatzes. Die Programmatischen Eckpunkte enthalten dies im Kern.
- Bereits im analytischen Teil ist daher auf die aktuelle gesellschaftliche Situation der Geschlechterverhältnisse einzugehen. Wir plädieren dabei ausdrücklich dafür, eine differenzierte Analyse vorzunehmen, die einerseits die Errungenschaften der Frauenbewegung und die in historischer Sicht enorm gewachsenen Entfaltungsmöglichkeiten positiv hervorhebt. Die Frauenbewegung war unstrittig einer der erfolgreichsten sozialen Bewegungen. Andererseits dürfen die anhaltenden

Probleme nicht verschwiegen werden. Trotz rechtlicher Gleichstellung sind wir von einer wirklichen Teilhabegerechtigkeit weit entfernt. Insbesondere in materieller Hinsicht – im Bezug auf Arbeitslosigkeit, Armut und Einkommen – sind Frauen im Vergleich zu Männern nach wie vor benachteiligt. Gleiches gilt bei ihrer Repräsentierung in Führungspositionen in Politik, Kultur und Wirtschaft – trotz inzwischen besseren Bildungsabschlüssen von Frauen. Die berufliche Segregierung hält in vielen Breichen an; in Ostdeutschland ist hier im Gegenteil ein Rollback zu beobachten.

- Patriarchale, hierarchische Geschlechterverhältnisse sind für uns ein eigenständiges Herrschaftsverhältnis mit einer langen Geschichte, der sich nicht einfach aus kapitalistischer Produktion ableiten lässt. Gleichwohl hängen kapitalistische und patriarchale Unterdrückungsverhältnisse zusammen und gehen in vielerlei Hinsicht eine produktive Verbindung ein. Eine Differenzierung in Haupt- und Nebenwiderspruch linker Politik ist einer zeitgemäßen linken Partei nicht mehr angemessen.
- Auch das Zusammenwirken von neoliberalem Umbau und Wandel der Geschlechterverhältnisse muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden. Wir plädieren für eine differenzierte, die Ambivalenz und Ungleichzeitigkeit dieser Entwicklung berücksichtigende Analyse, die sich vor einseitigen und vorschnellen Einschätzungen verwahrt. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft hat in einigen Fällen verstärkt negative Auswirkungen auf Frauen (etwa finanziell in „Bedarfsgemeinschaften“) aber auch auf Männer, die zunehmend selbst von der Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses betroffen sind. Gleichwohl kann es für uns kein Zurück zu diesem Normalarbeitsverhältnis und zu den konservativen, am Alleinernährer ausgerichteten Geschlechterverhältnissen des rheinischen Kapitalismus geben.
- Unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als Kernmotiv eines linken Grundsatzprogrammes beschränkt sich nicht auf materielle Umverteilung, sondern schließt die Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein. Freiheitsrechte und symbolische Repräsentierung gehören ebenfalls mit dazu. Quotenregelungen und die Instrumente des Gender Mainstreamings sind für uns daher nicht nur im Innenleben der Partei unverzichtbar.
- Wir wollen die Situation berufstätiger Frauen verbessern. Wir unterstützen die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, streiten für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen die Abschiebung von Frauen in schlecht bezahlte Tätigkeiten, für einen Mindestlohn, für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Berufstätige Frauen brauchen insbesondere in Westdeutschland einen Ausbau ganztägiger Betreuungsmöglichkeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer muss ein prominentes Ziel linker Gleichstellungs- und Familienpolitik sein. Gleichzeitig wollen wir Frauen nicht auf ihre Rolle als Mütter reduzieren.
- Wir wollen einen Umbau sozialer Sicherungssysteme aus der Perspektive von Frauen. Wir streiten für eigenständige Ansprüche und für eine Absicherung von nicht erwerbstätigen Frauen und Männern.
- Eine linke Gleichstellungspolitik schließt eine Antidiskriminierungspolitik mit ein. Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes lehnen wir ebenso ab wie eine Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Wir wollen vielfältige Formen des Zusammenlebens anerkennen und lehnen die in vielen Bereichen fortbestehende Privilegierung der Ehe ab. Menschen, die Kinder erziehen, verdienen die Unterstützung der Gesellschaft, unabhängig davon, welche Lebensweise sie wählen. Wir wollen die Anerkennung neuer Formen des Zusammenlebens.

- Wir denken Frauen im Plural. Wir wollen die vielfältigen Lebensweisen, Biografien und Erfahrungen anerkennen und wertschätzen. Gleichzeitig brauen wir einen sensiblen Umgang mit den Erfahrungen von älteren und jüngeren, ost- und westdeutschen, deutschen und eingewanderten, schwarzen und weißen Frauen.
- Geschlechtergerechtigkeit ist keine Herausforderungen alleine für Frauen. Wir sehen die Notwendigkeit von Frauenförderung weiterhin. Aber auch Männer müssen sich bewegen – wenn es darum geht, auf Privilegien zu verzichten, sich von überholten Männlichkeitsbildern zu verabschieden, im Haushalt zu gleichen Teilen mit anzupacken und jede zweite Windel zu wechseln. Wir sehen ausdrücklich, dass auch Männer unter einengenden Rollenklischees leiden und in einigen Bereichen inzwischen selbst benachteiligt sind – etwa bei der schulischen Bildung.
- Eine neue Linke sollte den Mut haben, auch visionäre Gedanken im Programm zu formulieren. Wir wollen Frauen und Männern individuelle Entfaltungsmöglichkeiten in Freiheit und mit sozialer Sicherheit jenseits der traditionellen, geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung und jenseits einengender Rollenklischees ermöglichen. Wir wollen einen Umbau der Arbeitswelt, eine Gesellschaft, in der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, Zeit für Kultur und Bildung sowie politisches und gesellschaftliches Engagement zu gleichen Teilen gelebt werden können – von Männern und von Frauen, ohne dass ein Bereich in erster Linie von Männern und Frauen erfüllt wird oder gelebt werden kann. Die Wiederaufnahme der Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ist daher auch aus gleichstellungspolitischer Sicht ein zentrales Ziel linker Politik.
- Wir wollen die im Anhang der programmatischen Eckpunkte gestellte offene Frage, wie die politische Ökonomie der Frauenunterdrückung überwunden kann, einschließlich der schwierigen Frage, wie die unterschiedliche Bewertung von als „weiblich“ oder „männlich“ konnotierten Tätigkeiten und Arbeiten überwunden werden kann, im Erarbeitungsprozess des neuen Programms weiter diskutieren. Es muss sichergestellt sein, dass in einem partizipativen Prozess bei der Erstellung des Programms der Partei DIE LINKE, bei der interessierte Frauen und Männer, insbesondere die Frauenstrukturen in der Partei ihre programmatischen Vorstellungen artikulieren können. Wir erwarten von der Programmkommission, sich frauen- und gleichstellungspolitischen Sachverstand zu organisieren – etwa in Form externer Referate und Expertisen, in Form öffentlicher Diskussion in Publikationen und Konferenzen oder durch die bewusste Ansprache des Frauenplenums und der Frauenstrukturen.

Dieses Positionspapier enthält in seiner Langfassung einen umfangreichen Anhang mit allen gleichstellungsrelevanten Passagen aus den Programmatischen Eckpunkten, sowie den Parteiprogrammen der PDS (Chemnitzer Programm), der WASG, der SPD (Hamburger Programm) und der Grünen (Grundsatzprogramm) sowie Auszügen einer Studie der RLS zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG. Dieser Anhang kann bei Interesse bestellt werden unter Caren.Lay@slt.sachsen.de bzw. unter 0351-4935816.